



SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seeheimer Strategiepapier - Oktober 2024

DIE ARBEITENDE MITTE STÄRKEN.





SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER **DIE ARBEITENDE MITTE STÄRKEN**

Es sind stürmische Zeiten. Deshalb braucht unser Land klare Verhältnisse. Es geht um Stabilität und klare Führung, damit unser Land vorankommt. Dafür steht die SPD und dafür stand schon immer der Seeheimer Kreis. **Machen statt Meckern – das ist unser Weg. Mit Zuversicht und harter Arbeit gestalten wir ein gutes Morgen.** Bundesweit kämpfen Menschen für unsere Demokratie. Die Feinde der Demokratie haben für alles einen Schuldigen, aber für nichts eine Lösung. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen.

Zu viele Menschen wenden sich von der Sozialdemokratie ab, zu viele sagen: „Wir vertrauen euch nicht mehr. Ihr kümmert euch nicht um die Dinge, die uns wichtig sind. Ihr nehmt uns nicht ernst.“ Oft wurden in der Vergangenheit aus falsch verstandener Rücksichtnahme Themen von uns als Sozialdemokratie nicht angesprochen, die aber die Menschen in diesem Land offensichtlich bewegen. Wir erkennen an: Viele Menschen haben derzeit ein Störgefühl gegenüber der Bundespolitik.

Die Stärke der SPD ist, vor Ort und nah bei den Menschen zu sein. Wir sind die Partei derer, die anpacken, die machen. Wir sind die Partei der arbeitenden Mitte. Wir sind die Partei, die Politik für die berufstätige Familie und für alle, die für unser Land anpacken, macht. Das hat unser Land stark gemacht und das macht auch uns stark. Daher gilt es jetzt, unseren politischen Kompass wahrnehmbar stärker auf die arbeitende Mitte dieses Landes zu richten. Auf diejenigen, die jeden Tag hart schuften, im Job, in den Familien, in den Vereinen, in den Unternehmen – und die dieses Land am Laufen halten.

Es geht um Sicherheit, ordentliche Löhne, um stabile Renten und Investitionen in unsere Infrastruktur. Dafür zu kämpfen, das liegt in der politischen DNA der SPD.

ARBEIT MUSS SICH IMMER LOHNEN!

Die SPD ist die Partei der Schafferinnen und Schaffer, der Fleißigen, der zur Arbeit gehenden. Sie halten unser Land zusammen und schaffen durch ihre Arbeit eine Zukunft für die nächsten Generationen.





Hier muss gelten: Wer nicht arbeiten kann, hat Anspruch auf soziale Absicherung. **Wer aber arbeitet, der muss eben mehr haben.** Das ist der Wert der Arbeit. Die SPD muss ihre Politik auf die vielen Fleißigen in unserem Land ausrichten, die für Rekordbeschäftigung in Deutschland sorgen.

Es ist Aufgabe der SPD, dafür zu sorgen, dass normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende des Monats **mehr Netto vom Brutto** in der Tasche haben. Das erreichen wir, indem Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener höhere Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen leisten und damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen durch eine Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden. Das hilft am effektivsten und stärksten den Menschen mit geringeren Einkommen, die von Steuersenkungen hingegen kaum profitieren. Gerade jetzt in Zeiten hoher Preissteigerungen wäre es ein positives Signal für den Standort Deutschland.

Richtig ist auch: **Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Nichtarbeit!** Es muss Schluss sein mit der pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen mit 25 Prozent, während normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ihr Arbeitseinkommen einen höheren Steuersatz für ihre Lohnarbeit zahlen müssen.

Zudem schlagen wir vor, die arbeitende Mitte durch ein modernes **Steuerkonzept** zu entlasten. Um **Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu entlasten**, soll der aktuell geltende Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer von 42 Prozent später greifen: bei Singles ab einem Jahresbruttoeinkommen oberhalb von 80.000 Euro, bei Verheirateten oberhalb von 175.000 Euro. **Über 95 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würden dadurch entlastet.** Für die Topverdienerinnen und Topverdiener wird es dafür etwas teurer und der Spitzensteuersatz auf 45 Prozent angehoben. Der Höchststeuersatz, der aktuell bei 45 Prozent liegt und ab knapp 278.000 Euro greift, wird auf 48 Prozent angepasst.

Wir wollen das **Bürgergeld treffsicherer machen:** Mehr Mitwirkungspflichten, Kürzungen bei Arbeitsverweigerung und spürbare Konsequenzen bei Schwarzarbeit. Es muss klar sein: Wer sich einer Zusammenarbeit mit dem Staat verweigert, wird das zu spüren bekommen.

Wir unterstützen die parteiübergreifend angestoßene Initiative vieler Bundesländer, die Bürgergeldzahlung an neu ankommende ukrainische Flüchtlinge perspektivisch zu überprüfen. Gleichzeitig ist es klarer **Auftrag des Staates und der Wirtschaft, stärker für eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt Sorge zu tragen.**





Für uns ist unverhandelbar: **Hart arbeitende Menschen müssen fair entlohnt werden!** Daher unterstützen wir den gemeinsamen Appell unseres Bundesarbeitsministers Hubertus Heil und unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz an die Mindestlohnkommission. Es braucht eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro. Mit der angemessenen Mindestlohnerhöhung und zukunftsweisenden Tarifverträgen schaffen wir einen spürbaren Abstand zwischen Bürgergeld und Lohnarbeit.

Faire Arbeit für faire Löhne – das stärkt die arbeitende Mitte und dient der Attraktivität des Arbeitsstandorts Deutschland. Wir haben in Deutschland einen Fachkräftemangel. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir das modernste Einwanderungsrecht der Welt geschaffen und treten der Situation mutig und mit ersten messbaren Erfolgen entgegen.

Wir wollen auch die **Handwerks- und Pflegebranche fördern**. Daher fordern wir eine Prämie für Umschulungen und Ausbildungen in diese Berufszweige, um den Personalmangel noch stärker zu bekämpfen.

Daneben müssen wir die Wirtschaftsmodernisierung vorantreiben und die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland gewährleisten. Den damit verbundenen Wandlungsprozess müssen wir im Interesse der Beschäftigten aktiv mitgestalten. Anstehende Investitionsentscheidungen müssen immer auch Arbeitsplätze sichern! Die Beschäftigten der heimischen Industrie garantieren auch künftig den Wohlstand unseres Landes. In den Bereichen, in denen unsere Industrie entlang der gesamten Wertschöpfungskette Qualität auf allerhöchstem Niveau liefert, müssen **nationale Vergaben Vorrang haben**. Das sichert dauerhaft gute Industriearbeitsplätze in unserem Land. Für uns ist klar: **Wir kämpfen um jeden Industriearbeitsplatz!**

FAMILIEN MEHR FÖRDERN!

Die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, Familienarbeit leisten oder sich auch in der Freizeit ehrenamtlich engagieren, stehen für uns im Mittelpunkt. Hierzu gehört, dass wir uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagieren. Wir müssen den geeigneten Rahmen setzen, damit die Erwerbstätigenquoten steigt. Bei der Verhandlung von flexibleren Arbeitszeitmodellen stehen wir an der Seite der Gewerkschaften, um die Doppelbelastung von Beruf und Familie für Menschen, die Familienarbeit leisten, zu verringern.





Kinder sind unsere Zukunft. Wir müssen gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancen für alle Kinder in unserem Land schaffen. Die Entlastung von Familien mit mittleren und schwachen Einkommen gehört zum sozialdemokratischen Fundament. Hierzu braucht es weitere Erhöhungen des Kindergeldes sowie Entlastungen bei den Freibeträgen – mit dem Ziel einer sozial gerechten Kindergrundsicherung, die es Familien deutlich erleichtern muss, ihre Ansprüche auch in der Praxis geltend zu machen: Weniger Bürokratie, mehr echte Hilfe für und Stärkung von Familien und Kindern. Deswegen schlagen wir vor bundesweit, ein kostenfreies und gesundes Mittagessen an Kitas und Grundschulen für alle Kinder täglich bereitzustellen. Damit wollen wir auch einer Forderung des neu eingesetzten Bürgerrates aus diesem Jahr nachkommen.

INVESTITIONEN IN UNSER LAND – JETZT!

Um das Vertrauen derjenigen in einen starken Staat zurückzugewinnen, die sich alleingelassen und nicht gehört fühlen, müssen wir massiv in unsere Heimat investieren. Der Einsturz der Carolabrücke in Dresden oder die nötige Sprengung der maroden Rahmede-Talbrücke in Nordrhein-Westfalen machen auf erschreckende Weise deutlich, dass die Bundesverkehrsminister der letzten zwanzig Jahre sich deutlich zu wenig um Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur gekümmert haben.

Sichere und stabile Brücken, Straßen, Schienen sowie Schulen und Sporthallen: Oft fehlt dazu in den Ländern und Kommunen das Geld. Das führt vor Ort zu einer höheren Unzufriedenheit und Unverständnis gegenüber politischen Entscheidungsfindungen, da die vor Ort erlebten Probleme nicht mehr gelöst werden. Diese „Infrastrukturschulden“ haben sich über Jahre angesammelt und wurden nicht angegangen. Deswegen fordern wir **eine Investitionsoffensive in unsere Infrastruktur** und die **Entschuldung unserer Kommunen**. Die Union und Teile der Ampel müssen mit Parteitaktiererei aufhören und mitanpacken, ganz nach dem Motto: Erst das Land, dann Parteipolitik.

STARKER MITTELSTAND, STARKE INDUSTRIE, STARKER ZUSAMMENHALT!

Das Industrieland Deutschland hat offenkundig über Jahrzehnte zu wenig investiert und unter Altbundeskanzlerin Angela Merkel dringend notwendige Reformen verschlafen. Es ist jetzt unsere unaufschiebbare Aufgabe, die Weichen so zu stellen, dass Deutschland eine starke Industrienation bleibt, dass hier Arbeitsplätze gesichert werden und neue hier im Land entste-





hen. **Dafür brauchen wir jetzt dringender denn je Investitionen in unseren Wirtschaftsstandort.** Während alle westlichen Industrienationen mit voller Kraft investieren, stehen wir aufgrund falsch verstandener Sparpolitik auf dem Bremspedal. Das ist kurzsichtig und hilft nicht bei der Stärkung der hiesigen Wettbewerbsfähigkeit.

Um den Standort Deutschland zu stärken, brauchen wir einen **weiteren Hochlauf der Zukunftsinvestitionen in den kommenden Jahren** – sei es durch eine grundlegende Reform der Schuldenregeln für mehr Investitionen oder etwa die Schaffung eines **milliardenschweren Sondervermögens für Investitionen in die Modernisierung und die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes.** Um wieder in allen Bereichen wettbewerbsfähig und mit Planungssicherheit für die Betriebe und Unternehmen produzieren und investieren zu können, müssen wir **mit einem Industriestrompreis die Stromkosten für Betriebe deckeln** und so wettbewerbsfähige Preise sichern. Zudem müssen wir Maßnahmen ergreifen, dass steigende Netzentgelte nicht weiter auf Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen umgelegt werden. Wir kämpfen um jeden einzelnen Industriearbeitsplatz!



SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis